

Besprechung Danny Eichelbaum - pro Mellensee am 5. 7. 2010

Nachdem der Verein pro Mellensee in einer E-Mail Unmut darüber Ausdruck verlieh, dass man von offizieller exekutiver wie auch legislativer Seite nichts über den Stand der Verhandlungen in Bezug der Seenprivatisierung durch die BVVG erfahren konnte, kam es am 5. 7. zu einem informellen Treffen mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum, Bürgermeister Frank Broshog von der Gemeinde Am Mellensee, Carsten Preuss, dem Verfasser der Bundestags-online-Petition gegen die Seenprivatisierung sowie den Mitgliedern des Vereins pro Mellensee Ingrid de Boor, Jochen Gebauer (stellvertretender Vereinsvorsitzender) und Prof. Jochen Oehler.

Beharrlich kämpfen verschiedene Bürger-Initiativen aus Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern gegen die Seenprivatisierung. Den Anstoß gab der Verein pro Mellensee vor über zwei Jahren mit dem Beginn von Unterschriftensammlungen gegen die Seenprivatisierung. Inzwischen ist mit den Unterschriftensammlungen und der online-Petition, die bislang über 110 000 Mitzeichner umfasst, eine breite Bürgerbewegung gegen die Seenprivatisierung entstanden. Die generelle Forderung ist, die Seen, die sich laut Einigungsvertrag seit 1990 im Besitz des Bundes befinden, kostenlos als Verwaltungsvermögen den Ländern bzw. Kommunen zu übertragen.

Es kann doch nicht sein, dass die Länder die in ihren Territorien liegenden Seen mit den Steuergeldern Ihrer Bevölkerung zu hohen Preisen von der Bundesregierung erwerben müssen oder die Seen gar durch Versteigerungen in Privatbesitz übergehen, d. h. die Seen zu Finanzobjekten oder gar, wie in Einzelfällen leider schon geschehen (Wandlitzsee, Wolziger See), zu Spekulationsobjekten degradiert werden. Seen bestimmter Größe und Lage sind in heutiger Zeit von höchstem Wert für das Gemeinwohl und es sollte selbstverständlich sein, dass sie einen

unveräußerlichen Wert darstellen. Es ist traurig genug, dass es höchsten ehrenamtlichen Engagements bedurfte, um den Abgeordneten verschiedener Parteien und Vertretern unterschiedlichster politischer Ebenen insgesamt diesen Sachverhalt deutlich zu machen.

Danny Eichelbaum bestätigte, dass es unsere Initiativen waren, dass das Problem der drohenden Seenprivatisierung und den damit verbundenen Gefahren für das Gemeinwohl (Tourismus, Ökologie, Landschaftspflege und regionale Entwicklung, Wasserhaushalt, Wasserqualität) als ein hochbrisantes politisches Problem erkannt wurde.

Der Ungeduld und dem Unverständnis darüber, dass die politischen Ebenen in Land und Bund diese Probleme nicht schnell durch entsprechende politische Entscheidungen zum Nutzen des Gemeinwohls zu lösen im Stande sind, standen die beschwichtigenden Äußerungen Danny Eichelbaums gegenüber. Es gäbe ja nun Verhandlungen zwischen den Bundesländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern und der Bundesregierung und wir sollten froh sein, dass es unsere Proteste waren, die schließlich zu diesen Verhandlungen mitgeführt haben. Erste Gespräche sollen im April geführt worden sein aber inhaltlich ist darüber nur bekannt, dass man eine einvernehmliche Lösung im Paket anstrebe. Aber damit ist das Problem nicht vom Tisch, dass der Bund für die Seen Summen verlangt, die die Länder bei angespannter Haushaltslage nicht bewältigen können. Widersprüche tun sich auf: Während Dr. Horstmann von der BVVG in der Sendung des DLF „Vor Ort“ in der Gaststätte Wildpark Mellensee am 14. 4. klar machte, dass die BVVG verpflichtet sei, beim Verkauf dem Höchstbietenden den Zuschlag zum Erwerb eines Sees zu geben, äußerte Staatssekretär Campeter aus dem Finanzministerium in der Anhörung zur Petition gegen die Seenprivatisierung am 17. 5. in Berlin, dass der Bund den Auftrag zur Privatisierung habe damit aber keine Höchstpreise verbunden seien. Was und wem soll man nun glauben? Ein

weiterer Verhandlungstermin ist für den Herbst dieses Jahres vorgesehen. Auf Nachfrage konnte Herr Eichelbaum nichts Näheres erfahren.

Das Unverständnis auf Seiten der betroffenen Kommunen und ihrer Bevölkerung bleibt und damit die Verdrossenheit gegenüber den politischen Ebenen.

„Warten wir doch erst einmal ab“ ist schon zu oft gehört worden.

Es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass das Bemühen die Grundlagen des Gemeinwohls zu erhalten und zu fördern und nicht augenblicklichen finanziellen oder Privaten Interessen zu opfern. Das schreibt auch das Grundgesetz vor! Es ist schon zu viel Zeit vergangen, die für kommunale Entwicklungsvorhaben hätte genutzt werden können und jetzt, wo an allen Orten die Gelder knapp werden viel schwer zu verwirklichen sein werden.

Daher erwartet die Bevölkerung eine schnelle und vor allem annehmbare Lösung für die Länder und Kommunen in Bezug auf die kostenlose Übertragung der Seen in das Verwaltungsvermögen von Ländern und/oder Kommunen.

„Der Worte sind genug gewechselt“

Dies wurde Herrn Danny Eichelbaum mit auf den Weg gegeben. Er zeigte Verständnis und versicherte, sich in diesem Sinne einzusetzen.